

## Verlogene „Entschlüsselungen“ der Bourgeoisie

Die bürgerliche Presse weicht aus.

„Die Presse des jüngeren Litwinow, des Bruders des russischen Reichsmarschalls für die auswärtige Politik, der in der vergangenen Woche in Paris unter dem Verdacht der Wechselbelästigungen verhaftet worden ist, leidet eine hochpolitische Wendung nehmend zu wollen. Litwinow, der, als von Berlin aus die ersten Wechselbelästigungen gegen ihn laut wurden, und unmittelbar darauf in Paris die Wechsel, die seine Unterschrift trugen, beschlagnahmt wurden, nach der Schweiz geflüchtet war, ist vor kurzem nach Paris zurückgekehrt und hat sich hier den Untersuchungsrichter gestellt. Er hat diesem nun mehr ein Memorandum übergeben, das Punkt für Punkt die gegen ihn erhobenen Wechselbelästigungen widerlegt und sensationelle Entschlüsselungen über die Finanzierungsmethoden der sozialdemokratischen Auslandspropaganda enthält.“

„Litwinow enthüllt! Weltrevolution mit falschen Wechseln, wie Moskau die rote Propaganda finanziert.“ Unter diesen und ähnlichen scherzhafte Überschriften veröffentlichte die „wirksame demokratische“ Ullstein-Presse (Völkische Zeitung, Tempo u. a.) Aussagen aus angeblichen Entschlüsselungen des in Paris verhafteten Wechselbelästigers Wallach, der sich zu Unrecht den Namen Litwinow beigelegt.

Mit schamhaften Behagen werden diese Sensationsauskünfte von der ganzen übrigen Presse, einschließlich sozialdemokratischer, aufgeschraubt.

Es handelt sich, wie erinnert, um die internationale Betrugspolitik, die vor einigen Wochen noch rechtzeitig von der Sowjetunion der Sowjetunion aufgedeckt werden konnte. Wallach hatte mit Hilfe einer internationalen Schwesterbande, bei welcher der vielgewandte und berüchtigte Michael Holzman nicht fehlen durfte, Wechsel auf die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion im Betrage von rund 4 Millionen Mark gefälscht und auf dem Wechselmarkt unterzubringen versucht.

Während die bürgerliche Presse damals noch der Planier von etappierten Betrügern „halter den Dieb“ lehrte und die Anwälte als einen „gewöhnlichen“ Betrugspolitik hinstellte, riet die kommunistische Presse sofort mit allem Nachdruck darauf hin, daß es sich bei dieser Wechselfälschung nicht um die individuelle Tat eines Hochstaplers handelt, sondern um eine eminent politische Angelegenheit, um ein mit kriminellen Mitteln unternommenes Attentat auf den Reichtum und die Baluta der Sowjetunion, um einen Teil der Vorbereitung des Weltkrieges gegen die Sowjetunion.

Die schamlosen „Entschlüsselungen“ der Ullstein-Presse zeigen, daß wir zuvielmal recht hatten, als wir die Arbeiterschaft auf die ruchlosen Machenschaften des internationalen Finanzkapitals, auf die der Sowjetunion drohende Gefahr aufmerksam machen.

Die neuzeit von dem Betrüger Wallach durch die Kanäle der „anständigen“, „demokratisch-patriotischen“ Ullstein-Klasse in die Welt gelangte Lügenbombe unterscheidet sich inhaltlich in nichts von den alten, üblichen Ammenmaßen, mit denen die bürgerliche und sozialdemokratische Presse die Gehirne ihrer Leser zu verstellen suchen.

Litwinow (alias Wallach), schreibt die „Vorwurf“ hat dem Umlaufungsrichter ein „Memorandum“ übergeben, das Punkt für Punkt die gegen ihn erhobenen Wechselbelästigungen widerlegt und sensationelle Entschlüsselungen über die Finanzierungsmethoden der sozialdemokratischen Auslandspropaganda (von der „Vorwurf“ geprägt, D. R.) enthält. Und dann geht's los: „Wechselkreisel bei den Sowjetbehörden seit Jahren die gebräuchliche Methode der Geldbeschaffung“. (D. h. der notorische Betrüger Wallach ist ein umschulterter Engel, aber die Sowjetbehörden sind abgeleimte Schwindler und Hochstapler). „Litwinow behauptet“, erzählt die „Vorwurf“ weiter mit schmierigem Begeister, daß eine ganze Reihe staatlicher Handelsgesellschaften lediglich zu dem Zwecke gegründet worden sind, um den Kreis der Wechselbelästigungen zu erweitern zu können.“

Nachdem so die Sowjetbehörden von der „Vorwurf“ als eine einzige große Schwundfirma „enttarnt“ worden sind, mit dem ehemaligen Herrn Wallach als Kronzeugen, kommt erst der Clou der Schauermäß:

„Die gegen die Diskontierung dieser Wechsel häufig gewachten Beträge hätten in der Hauptsache für die Bedürfnisse der Auslandspropaganda Verwendung gefunden. Die Operationen seien von den Mitgliedern des Betriebs im Außenhandelskomitee Touroff dirigiert worden, der in Wirklichkeit (?) die Tätigkeit der sozialdemokratischen Geheimagenten in Deutschland, England, Frankreich und Belgien geleitet habe. Von diesem Touroff will Litwinow im Januar 1928 den Auftakt (?) zur Abschaffung der angeblich (?) gefälschten Wechsel erhalten haben. Das Geld habe er der erhaltenen Weisung gemäß nach Frankreich geschickt, wo es zur Finanzierung der sozialdemokratischen Propaganda in Marocco und Algier gedient habe. Es sei übrigens teineswegs das erste Mal gewesen, daß er derartige Institutionen erhalten und ausgeschüttet habe. So habe er einmal auf ausdrückliche Order von Tschitschirin (?) für 8 Millionen Franken Wechsel diskontieren lassen und das Geld nach Frankreich und England gesandt.“

So die Lügen „Vorwurf“. Und um diesem an Überheblichkeit kaum überbietenden Gespäch einen Schein der Wahrscheinlichkeit zu verschaffen, wird zu guter Letzt der brave Wallach als das Opfer eines angeblich vom Genossen Tschitschirin „mit Hilfe der GPU geführten Komplex“ gegen Genossen Litwinow hingestellt.

Wir sollen unseren Lesern die gestaltete Spurgeschichte der Ullstein-Presse so ausführlich mit, um ihnen das Urteil über diese Ullstein-Lügen leicht zu überlassen.

Wir kommen damit zur Tagesschauung übergehen wenn nicht auch dieser Unfall eine wohlberechnete reußliche Methode hätte. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die ehrende „demokratische“ Presse, die sich in ihrer pseudopatriotischen Thronologie nicht genug preisen kann, diese „Entschlüsselung“ komponiert gegen die Sowjetunion führt. Sie wird dabei nur übertrumpft vom Vorwärts, der schon anlässlich der Ausbedeutung der Betrugspolitik Wallach, als die übrige Presse noch eine Bagatelle daraus zu machen hoffte, das Stichwort pab: „Sowjetmilitärs in Berlin.“

Die sozialdemokratische und die bürgerlich-demokratische Presse wünschen an der Spitze der imperialistischen Meute, die zum Kriege gegen die Sowjetunion heim. Ihre Aufgabe besteht vornehmlich in der ideologischen Kriegspropaganda, in der sozialistischen Beweisführung der Gedanke der Kriegsfeinde, in der Erzeugung der erforderlichen Voraussetzung und Kriegsphobie.

Jehntausende von Arbeitern und Kleinbürgern lesen täglich Blätter, wie der Vorwärts und die Ullstein-Morgenpost, täglich nehmen sie das Gift der sowjetfeind-

lichen Kriegsfeinde in sich auf, tagtäglich wird ihr Kallenbewußtsein geträumt, ihr Verstand umnebelt durch die schamlose Lügen, propaganda dieser Zeitungen.

Die imperialistischen Regierungen und ihre Militärbehörden lassen alle diplomatischen Rücksichten und Kritik spielen, steuern mit offenen Händen Missionen aus, um politisch und strategisch die Front gegen die Sowjetunion zu schmieden. Aber was die Sozialdemokratie und ihre Presse im Dienste der Kriegsfeinde treibt, ist tausendmal gefährlicher und wichtiger als alles Kulturrequisitum der Diplomaten. Es läuft die entscheidende Herausforderung für den Krieg gegen die Sowjetunion: die Neutralität des internationalen Obrigkeitssatzes im Augenblick in das neue Weltgericht, ohne Berücksicht, daß von den Imperialisten die Aufgabe der flottenbewußten Arbeiterschaft ist es, unermüdlich und mit hartnäckiger Konsequenz die schändliche Rolle der Sozialdemokratie zu entlarven und den demokratischen Wölfen den Schapsal der passiven Unschuld vom Leibe zu reißen!

Die Aufgabe der flottenbewußten Arbeiterschaft ist es, unermüdlich und mit hartnäckiger Konsequenz die schändliche Rolle der Sozialdemokratie zu entlarven und den demokratischen Wölfen den Schapsal der passiven Unschuld vom Leibe zu reißen!

## Der Offene Brief des Eiffi und die Beschlüsse des Volkbureaus

Der Offene Brief des Präsidiums des Eiffi wird in der Geschichte der KPD eines der bedeutsamsten Dokumente selben. Mit dem Beschluss des Präsidiums wird ein bedeutsamer innerparteilicher Prozeß zum Abschluß gebracht. Eine Richtung, eine Strömung innerhalb unserer Partei, wenn sie auch im Verlaufe der Jahre immer kleiner und unbedeutender wurde, findet mit dem Offenen Brief ihre Ausmerzung und Niederwerfung innerhalb der Partei. Die Partei strahlt einen alten Bestandteil, der noch überzeugt aus dem sozialdemokratischen Lager war, endgültig ab, und wird, gereinigt von diesem Schaden und hemmenden Uebertreten, fester und härter auf dem revolutionären Boden des Marxismus-Denominismus stehen, sie wird reifer und vollkommenen, ungehemmter und geglänzter ihre revolutionäre Aufgabe zu erfüllen in der Lage sein.

Der Offene Brief ist der Schlüsselein eines Projektes der in der KPD zur reichen Erfüllung brachte. Die Partieführung und die überwältigende Mehrheit der gesamten Partei arbeitete und kämpfte in der Linie gegen das rechte Liquidatorentum, das im Offenen Brief des Eiffi vernichtet gekennzeichnet und geschlagen wird. Ebenso am bestensmöglichen findet der Offene Brief in den Reihen der KPD und ebenso in den Reihen der sozialistifizierenden Arbeiterschaft ein hunderttausendfältiges Echo und wird auf das lebhafte begeistert und herzhaft gefeiert werden. Der Offene Brief wird so, wie härtesten Ende und Unterstützung des Kampfes der leninistischen Parteiführer in der KPD gegen Opportunismus und Reformismus. Rücksichtlos entlornte der Offene Brief die Rolle der Brandner und Thalheimer, der Walther und Fröhlich usw., in der kommunistischen Bewegung. Die sozialdemokratische Agentur der scheinrevolutionären Phrasen hat ihre Rolle im revolutionären Proletariat Deutschlands ein für allemal ausgespielt. Der Weg, den dieses Liquidatorentum gehen mußte, ist zu Ende. Die organisierten Schülern, die die Instanzen der Komintern, der KPD und der KPD in diesen Tagen sahnen, sind aus Schlupfpunkte eines jahrelangen Prozesses. Nicht organisierte Dissidentenfragen, sondern riechende politische Gegenseite und kein geringerer Gegenmajaz als der zwischen dem revolutionären Klassenkampf und der opportunistischen Sozialdemokratie waren die Veranlassung, um den Trennungsrutsch zwischen der Gruppe der Liquidatoren und der KPD zu vollziehen.

### Die Mitgliedschaft der KPD

wird auch mit großer Genugtuung die rücksichtslose und offene Sprache gegenüber dem Verbindlertum und dessen Rolle begrüßen, wie sie im Offenen Brief dargelegt und gegehnzt wird. Die Partieführung und die überwältigende Mehrheit der Partei sind sich insbesondere mit der Komintern darin einig, daß es für das Verbindlertum in der KPD gegenwärtig keinen Platz mehr geben kann. Und ebenso unterscheidet das Gros der Parteimitglieder die Bedeutung des Offenen Briefes über das „zweideutige Verhalten der Verbindlertum gegenüber der Partei“. Das Verbindlertum hat sich nunmehr zu entscheiden! „Es ist die Zeit gekommen, wo man die Wahl treffen muß zwischen der Partei und der rechten Fraktion. Einwohner Partei oder die rechte Fraktion – ja steht jetzt die Frage! Eine verächtliche Hoffnung zur Rechten bedeutet im gegenwärtigen Moment nicht nur den Verlust auf dem Kampf gegen die Rechten und ihre Spaltungskarriere, sondern auch die Unterwerfung der Rechten gegen die Partei!“ Diese Feststellung des Offenen Briefes wiederholen wir ebenfalls mit aller Deutlichkeit.

Noch in der Plenarsitzung des ZK vom 14. Dezember hat die verbindlertische Gruppe Ernst Meyer-Ewert und Genossen offen Stellung genommen gegen die Maßnahmen des ZK im

Kampf gegen die rechte Liquidatorengruppe. Sie geben damals folgende Erklärung ab:

1. Wir stimmen gegen den Antrag des Volkbureaus in der Frage Brandner und Thalheimer und stimmen für den von uns gestellten Antrag, der das Erledigen an das ZK der KPD verlangt. Brandner und Thalheimer aufzufordern, sofort die Fraktionstreue einzustellen und bei ihrer Beisetzung, bis zu ihrem Austritt.
2. Wir enthalten uns der Abstimmung, bei dem Beschluss Walther und Genossen, weil das ZK die von uns gestellten Abänderungsanträge nur zum Teil angenommen hat und die Auskünfte unterstellt, ohne genügend theologische Befreiung — insbesondere in den Beiträgen, in denen die Rechten noch zahlreiche Abhänger haben — durchgeführt. Erst nach dieser Vorbereitung und nach Abhebung der Bedingungen der Partei können die Auskünfte vorgenommen werden. Wir halten unsere Anträge für das Minimum dessen, was eine Parteiführung in der Durchführung solcher ernster Entscheidungen unternehmen muß.“

Diese Erklärung stimmen die Genossen Ernst Meyer, Ewert, Karl Beder, Dietrich, Oberlein, Schröder, Schumann und Bellermann zu. In dieser Erklärung will die Verbindlertengruppe plausibel machen, daß sie ja an und für sich gleichfalls gegen die rechten Liquidatoren „jämt“, daß sie sich nur durch die Methoden ihres Kampfes von der Partei trennen. Wie steht es nun damit? In der gleichen Bemarzung des Zentralkomitees brachte die Gruppe der Verbindlerten eine lange Resolution zur innerparteilichen Frage ein, die mir demnächst in der theoretischen Zeitschrift der Partei, „Die Internationale“, veröffentlicht werden. In dieser Resolution heißt es über den hier erwähnten Punkt:

„Wir erklären, daß es auch die Schuld der Mehrheit des ZK und jener, den Beschlüssen des 6. Weltkongresses widersprechenden Methoden des Kampfes gegen den Opportunismus ist, wenn es den Rechten gelingt, in einer Reihe von Bezirken nicht unbedeutende Teile der Partei zu gewinnen. Wir werden keinen Mahnungen der Mehrheit des ZK zustimmen, die dies begünstigen. Im Augenblick der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Trennung der Partei von einer ganzen Reihe von Genossen wie Brandner, Thalheimer, Walther, Fröhlich, Endter, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August 1914 bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg handen, halten wir es für unsere Pflicht, vor der Partei zu erklären: diese Genossen können nicht mit Verländern & sofort, Friedland oder Kleinbürger & in Moskau und Ruthieller auf eine Stufe gestellt werden.“

Was fordert also die Gruppe der Verbindlerten von der Parteiführung und Parteimehrheit?

Wie sie behaupten, einen idealistischen Kampf. Die Verbindlerten wollen aber ebenso gut wie alle Genossen in der Partei, daß die Parteimehrheit schon seit 1923 gegen die sozialdemokratische Richtung innerhalb der Partei, gegen Brandner, Thalheimer, Walther, Fröhlich usw. einen ununterbrochenen idealistischen Kampf führt. Was tun aber die, die den idealistischen Kampf fordern? Sie nehmen die rechten Liquidatoren in Schutz, sie verhindern die, ja, ja keineswegs sogar Geschichtsfälschung und behaupten, daß sich die Partei „nun den Gründern des Spartakusbundes“ trenne. Diese Verwirrung, die sie in die Reihen der Mitgliedschaft zu tragen ver suchen, besitzen die Verbindlerten als „idealistischen Kampf“. Auch hier in all diesen Neuerungen zeigen die Verbindlerten ihr „zweideutiges Verhalten gegenüber der Partei“, wie das der Offene Brief des Eiffi mit Recht feststellt hat.

In der Volkbureauaufsicht vom 21. Dezember, in der der Aufschluß der Gruppe Walther-Fröhlich vorgenommen wurde, gab der Genosse Ernst Meyer folgende Erklärung ab:

Zur Resolution des Volkbureaus betreffend Aufschluß von Walther und Genossen erklärte ich:

„Ich habe bereits im Plenum des ZK meine Bedenken gegen das theologisch unzureichende Ausklukverfahren gegen Walther und Genossen geäußert. Das Volkbureau hat die vom Plenum des ZK gestellten Bedingungen durch Vorlegung einer durch Unterschrift anuerbenden weiteren Erklärung noch bestätigt.“

Ich verurteile erneut aufs schärfste die ideologischen und organisatorischen Vorwürfe der Rechten gegen das Programm und die Statuten der Komintern und der KPD.

Ich lehne nochmals die Verantwortung für die bisherigen Maßnahmen des ZK im Kampfe gegen die Rechten ab, da infolge der mangelnden theologischen Auseinandersetzung die Gefahr des Verlustes verlorenster Parteiführers besteht.

Da die Rechten sich beharrlich weigern, die Disziplin der Komintern und der KPD anzuerkennen, und die Bildung einer leistungsfähigen Gruppe vorbereiten, stimme ich dem Aufschluß zu.“

Was den Vorwurf auch in dieser Erklärung des „mangelnden idealistischen Kampfes“ gegen das Liquidatorentum anbietet, so haben wir oben fuzs die entsprechenden Feststellungen gemacht. Die Behauptung des Genossen Ernst Meyer im ersten Absatz seiner Erklärung, daß das Volkbureau über die Bedingungen des Plenums des ZK hinaus weitere, verschärfte Bedingungen gemacht hatte, beruht auf einer Behauptung des Genossen Meyer, wofür er nicht den geringsten Beweis vorzeigen kann. Das Volkbureau hat zum Zwecke der Verhandlung mit den acht Angehörigen der Verbindlertengruppe die jetzt aus der Partei ausgeschlossen wurden, einen Neuen vorbereitet der nichts anderes enthält, als die Fortsetzung der Unterwerfung der

## Antibolschewistische Lügen



Das kapitalistische und reformistische Pressezepter gefertigt wieder einmal...

